



über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

fm 9.7.

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an das Jugendparlament

Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

817 Bd2

3 . Juli 2019

Anfrage zur E-Mobilität

Beschluss Nr. 0116 vom 18. Dezember 2018, Vorlagen-Nr. 18-J-42-0036

Das Jugendparlament möge beschließen, dass der Magistrat gebeten wird zu beantworten:

1. Bis wann wird die Umstellung der Busflotte auf E-Mobilität vollendet sein.
2. Bis wann wird die Autoflotte der Stadtverwaltung auf E-Mobilität umgestellt wird.
3. Bestehen Pläne, mittels Förderungen die Einsatzfahrzeuge von Rettungsdienst, Polizei und Feuerwehr auf elektronische Motoren umzustellen.
4. Weshalb werden die Autos der Stadtverwaltung ersetzt, wengleich die Fahrzeuge des Rettungsdienstes, der Polizei und der Feuerwehr nicht nur deutlich höher frequentiert fahren, sondern auch um einiges ineffizienter sind und somit eine deutlich höhere Belastung für die Umwelt darstellen?

Beschluss Nr. 0116

Der Antrag wird angenommen und gemäß § 1 Abs. 4 Satz 1 JuPaO an den Magistrat weitergeleitet.

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Zurzeit liegt ein Förderbescheid des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit für Mehrkosten von bereits 56 Bussen vor. Somit plant Wiesbaden mehr Fahrzeuge als jede andere Stadt in so kurzer Zeit auszutauschen. Die weitere Umstellung ist von der Verstetigung der Fördermittel abhängig, wobei die Stadt hierzu positiv gestimmt ist. Ein entsprechender Antrag auf Aufstockung der Mittel ist gestellt.

Allerdings kann auf Grund weiterer Herausforderungen kein finaler Termin für die gesamte Flottenumstellung genannt werden. Dazu zählt unter anderem der Ausbau der notwendigen Stromnetzinfrastruktur und die Lernkurve einer solch großen Menge Elektrobusse. Für die Umstellung von Diesel- auf Elektromobilität mit Batterie und Brennstoffzelle muss die gesamte Werkstatt angepasst, die digitale Infrastruktur ausgebaut und neuer Platz für bspw. die Wasserstofftankstelle geschaffen werden. Für letzteres werden derzeit die Voraussetzungen auf einem Teilstück des Parkplatzes Salzbaehaus geschaffen.

Es wird jedoch weiterhin an dem ausgegebenen Ziel des Jahres 2022 festgehalten.

Zu 2:

Momentan befindet sich ein Fördervorhaben (Bundesmittel) zur Elektrifizierung des städtischen Fuhrparks und der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden in der Umsetzung. Es sind bereits über 50 E-Fahrzeuge bestellt, einige Ämter prüfen aktuell, ob sie bis Ende Juni noch von optionalen Kontingenten aus der Ausschreibung Gebrauch machen können. Bei den bestellten Fahrzeugen handelt es sich überwiegend um Pkw und fünf kleinere Nutzfahrzeuge. Parallel dazu muss auch die Infrastruktur zum Laden installiert werden. Dieses Vorhaben soll bis Anfang Februar 2020 abgeschlossen und die Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur in Betrieb genommen werden.

Grundsätzlich wird der städtische Fuhrpark dezentral bewirtschaftet, d.h. jedes Amt ist für seine Fahrzeuge und die Beschaffung selbst verantwortlich. Eine Auswertung aus dem Jahr 2017 ergab, dass der Fuhrpark rund 370 Fahrzeuge umfasst. Dabei handelt es sich um ca. 125 Pkw, 150 Nutzfahrzeuge der Klassen N2 und N3 sowie 95 Sonderfahrzeuge (z.B. Lösch- und Leiterfahrzeuge der Feuerwehr, Fahrzeuge mit besonderen Aufbauten z.B. Kräne oder Hebeanlagen, kleinere Sonderfahrzeuge zur Grünflächenpflege usw.).

Eine vollumfängliche Elektrisierung des gesamten Fuhrparks ist derzeit aus verschiedenen Gründen (noch) nicht möglich.

- Zunächst einmal gibt das der Markt noch nicht her. Das betrifft hauptsächlich das Angebot für den Bereich der größeren Nutzfahrzeuge (mit höheren Nutzlasten) und im Besonderen den der Sonderfahrzeuge. Die ersten Fahrzeuge, die in diesen Segmenten - wenn überhaupt - verfügbar sind, sind einerseits noch sehr teuer. Zum anderen haben sie teils noch erhebliche Einschränkungen, was z.B. die Reichweite, Nutzlast oder Zugkraft im Verhältnis zu vergleichbaren konventionellen LKW anbelangt. Der Markt entwickelt sich jedoch schnell. So werden erste Erfahrungen bereits durch das Grünflächenamt mit drei batteriebetriebenen, kleineren E-Sondernutzfahrzeugen bei der Friedhofspflege gesammelt. Diese Fahrzeuge wurden ebenfalls im Rahmen des Förderprojektes im vergangenen Jahr angeschafft.
- Einige Fahrzeuge aus dem städtischen Fuhrpark sind erst innerhalb der letzten drei Jahre beschafft worden. Ein vorgezogener Ersatz ist damit unwirtschaftlich. In den kommenden fünf Jahren dürfte aber der Bestand an E-Fahrzeugen durch Ersatzbeschaffungen noch einmal deutlich zunehmen. Wann genau die (nahezu) komplette Umstellung auf elektrische Antriebe abgeschlossen sein wird, lässt sich gegenwärtig nur prognostizieren. Angebot und Auswahl an E-Fahrzeugen dürften allerdings in den kommenden Jahren in allen Segmenten noch einmal deutlich zunehmen.

Zu 3:

Die hessische Polizei ist eine Organisationseinheit des Landes und nicht der Kommune. Sie hat nach unseren Kenntnissen ebenfalls über ein durch das Land Hessen gefördertes Projekt seit 2018 26 batteriebetriebene E-Fahrzeuge und 31 Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge in den Dienst gestellt, um die Praxistauglichkeit der Elektrofahrzeuge im polizeilichen Alltag zu testen (vgl. https://www.polizei.hessen.de/icc/internetzentral/nav/b5f/b5f7058f-52f2-5731-70a2-a4760ef798e7&sel_uCon=f8b20020-b600-d561-0a16-c52609d5a8a8&uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59.htm). Laut Angaben des hessischen Polizeipräsidioms für Technik sind 19 dieser Fahrzeuge bei verschiedenen Polizeibehörden in Wiesbaden und Umgebung unterwegs. Mit sechs Hybriden und einem batteriebetriebenen Fahrzeug im Polizeipräsidium Westhessen (mit Verwaltungssitz in Wiesbaden) sind rund 6 % der Fahrzeugflotte (teil-)elektrisiert - während im gesamten PKW-Bestand Wiesbadens gerade mal 1,1 % der Fahrzeuge Batterie- und Hybrid-E-Fahrzeuge sind (Stand 31.12.2018).

Das Straßenverkehrsamt (Überwachung des ruhenden Verkehrs) und Ordnungsamt (Stadtpolizei), die zu Stadtverwaltung gehören, beteiligen sich bereits am städtischen Förderprojekt zur Elektrifizierung des Fuhrparks. Hier werden weitere Beschaffungen geplant. Eine Herausforderung ist es jedoch, wenn die Fahrzeuge im Schichtbetrieb zum Einsatz kommen sollen, so dass meist (zu) wenig Zeit für eine Zwischenladung verbleibt. Gelöst werden kann diese Herausforderung durch größere Akkus oder sehr hohe Ladeleistungen. Dies verteuert die Anschaffung oder den Betrieb deutlich.

Hinsichtlich der Feuerwehr (inklusive öffentlicher Rettungsdienst), ebenfalls eine kommunale Einrichtung, besteht ebenfalls die Absicht, E-Fahrzeuge zu beschaffen. Dabei handelt es sich aber um PKW und nicht um Löschwasser- oder Leiterfahrzeuge, da diese zum einen ohnehin ein recht hohes Leergewicht mit sich bringen, zum anderen zusätzlich mit Wasser/Schaum beladen werden müssen. Hier wären sehr große Akkus erforderlich, da auch die Bordtechnik (Pumpen, Hydraulik) zuverlässig mitversorgt werden müsste. Es gibt nach unserem Kenntnisstand noch keine Hybrid-Lösch- oder Rettungsfahrzeuge, geschweige denn rein batteriebetriebene Fahrzeuge für diese Einsatzgebiete (mit Ausnahme kleiner Rettungsfahrzeuge, die bspw. in Sportstadien oder auf Werksgeländen im Einsatz sind).

Zu 4:

Wie in den vorangegangenen Ausführungen erläutert fällt dies zum einen nur teils in die städtische Verantwortlichkeit, zum anderen erlaubt eben die eingeschränkte Verfügbarkeit oder Nichtverfügbarkeit von praxistauglichen Fahrzeugen in diesen teils sehr spezifischen Einsatzbereichen noch keine Elektrifizierung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Alfred', written in a cursive style.